

Fellner-Klage abgewiesen

Verfahren drehte sich um sexuelle Belästigung.

Wien. Das Wiener Arbeits- und Sozialgericht hat die Klage abgewiesen, die „Österreich“-Herausgeber Wolfgang Fellner gegen seine frühere Mitarbeiterin Raphaela Scharf eingebracht hat. Die Klage war auf Unterlassung gerichtet gewesen.

Scharf sollte nicht mehr sagen dürfen, sie sei im Mai 2019 bei einem Fotoshooting von Fellner durch einen Griff auf das Gesicht sexuell belästigt worden. Fellners Anwältin Kristina Venturini kündigte Berufung an: Wenn Scharf einen „ehrenrührigen Vorwurf“ nicht beweisen könne, sei ein Unterlassungsurteil auszusprechen.

Der Rechtsvertreter der Moderatorin, Michael Rami, sieht die Abweisung der Klage als „großen Erfolg gegen einen mächtigen Verleger“. (m. s.)

NACHRICHTEN

86-jähriger Tiroler tötet Ehefrau

Am Montagfrüh wurde ein Ehepaar am Tiroler Weerberg (Bezirk Schwaz) tot aufgefunden. Laut Ermittlern ist davon auszugehen, dass der 86-Jährige seine 83-jährige Ehefrau mit einer Faustfeuerwaffe erschoss und dann mit dieser Suizid beging, berichtete das Landeskriminalamt am Montag. Der Mann habe die Waffe legal besessen, hieß es.

Radfahrerin starb bei Kollision mit Lkw

Eine Radfahrerin hat am Montag in Wien Penzing einen Zusammenstoß mit einem Lkw nicht überlebt. Der Unfall der 68-Jährigen mit dem Schwerverkehr ereignete sich an der Kreuzung Hüttelbergstraße/Bujattigasse. Die Rettung konnte der Frau laut Polizei nicht mehr helfen. Der 55-jährige Lkw-Fahrer erlitt einen Schock, er wurde von Sanitätern versorgt und in ein Spital gebracht.

Warten auf Buwog-Urteil: Grasser blitzt mit Antrag ab

Gericht. Per Fristsetzungsantrag drängte Karl-Heinz Grasser das Gericht zur Eile. Dies blieb ohne Erfolg.

Wien. Es ist fast ein Jahr her: Am 4. Dezember 2020 hat das Straflandesgericht Wien Karl-Heinz Grasser zu acht Jahren Haft verurteilt. Der gegen den früheren Finanzminister ergangene Spruch wurde im Rahmen des Korruptionsprozesses zur Buwog-Privatisierung gefällt. Grasser wurden Untreue, Beweismittelfälschung und Geschenkannahme vorgeworfen. Auf die schriftliche Ausfertigung des von Richter Marion Hohenecker (mündlich) verkündeten Urteils wartet Grasser allerdings heute noch. Daran kann auch ein Fristsetzungsantrag nichts ändern.

Mit einem solchen Schritt, der das Gericht eben per Fristsetzung (vier Wochen Frist) dazu bringen sollte, sich zu beeilen, blitzte Grasser nun ab. „Dazu hat das Oberlandesgericht Wien entschieden, dass trotz der verhältnismäßig langen Zeit, die seither verstrichen ist, keine Säumnis vorliegt“, teile OLG-Sprecher

So biologisch is(s)t Wien

Angaben in Prozent



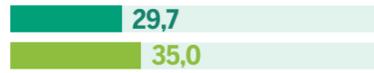
Bio-Anteil im Essen in städtischen Einrichtungen



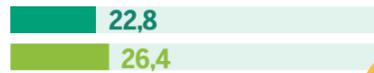
Anteil Biolandwirtschaft

Anbaufläche Betriebe

WIEN



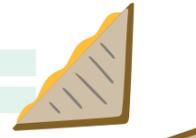
ÖSTERREICH



Biokonsum

11,3%

der im Supermarkt gekauften Lebensmittel in Österreich sind bio (exkl. Brot)



Auf 46% der Fläche wachsen Pflanzen, die direkt gegessen werden (z. B.: Gemüse, Getreide für Brot)

54% sind Weideflächen und Futterpflanzen-Anbauflächen für Tiere

3500 m²

Flächenbedarf für die durchschnittliche Ernährung eines Menschen in Österreich

Flächenverteilung

IN ÖSTERREICH

18% 31%

IM AUSLAND

28% 23%

Quelle: Stadt Wien, AMA, BMLRT - Grafik: Getty Images, „Die Presse“ - PW

Wie viel bio steckt in Wien?

Lebensmittel. Die Stadt will nachhaltige und Bio-Ernährung fördern: Beim Essen in öffentlichen Einrichtungen, in der Landwirtschaft, im Bewusstsein der Bevölkerung. Eine Bestandsaufnahme.

VON TERESA WIRTH

Wien. Nur 13 Quadratmeter, so groß wie ein Zimmer, ist der Acker, auf dem die heimischen Tomaten, der Salat oder anderes frisches Gemüse wächst, das ein Österreicher jährlich zu sich nimmt. Die Fläche, auf der Gras oder anderes Futter für jene Tiere wächst, die wir verspeisen, ist um ein Vielfaches größer. Sie nimmt mehr als die Hälfte der 3500 Quadratmeter des „Welttellerfeldes“ ein.

„Das sorgt immer wieder für Erstaunen bei unseren Besuchern“, sagt Anna-Maria Krulis. Sie ist Initiatorin des ein halbes Fußballfeld großen Ackers in der Donaustadt, der genau jene landwirtschaftliche Fläche abbildet, die nötig ist, um einen durchschnittlichen Österreicher zu ernähren.

Was noch auffällt: Die Hälfte der Fläche, auf der unsere Nahrungsmittel produziert werden, liegt im Ausland – auf dem „Welttellerfeld“ wird dies mit Farben gekennzeichnet. Pflanzliche Lebensmittel aus Österreich nehmen nur 18 Prozent der Fläche ein. „Auf dem Feld bekommt man ein Gefühl dafür, dass es eine Bedeutung

hat, was wir essen“, sagt Charlotte Kottusch, Co-Initiatorin des Bildungsprojekts, das sich vor allem an Schulklassen richtet. „Was hat das mit unserer Gesundheit zu tun? Oder mit dem Klima? Warum ist Bio so wichtig?“

Das von der Stadt Wien geförderte Projekt wird bei der am Dienstag in Wien stattfindenden Organic Cities Conference als Best-Practice-Beispiel vorgestellt und soll zeigen, wie das Bewusstsein für gesunde und nachhaltige Ernährung gefördert werden kann. Das „Welttellerfeld“ ist damit ein kleiner Baustein in dem „Lebensmittelaktionsplan – Wien ist

AUF EINEN BLICK

Am 9. November findet die Konferenz des **Organic Cities Network Europe** in Wien statt, das sich für ökologische Ernährung und Landwirtschaft in Europa einsetzt. Josef Taucher (SPÖ) ist Netzwerk-Präsident. Teilnahme gratis per Zoom unter www.organic-cities.eu. Das Bildungsprojekt „Welttellerfeld“ thematisiert Nahrungsmittelproduktion und gesunde Ernährung. Es gibt Schulworkshops, das Feld ist jederzeit begehbar: www.welttellerfeld.at.

G.U.T.“, den sich die Stadt Wien vor rund zwei Jahren auferlegt hat.

„Bio“ ist das Zauberwort bei vielen seither gesetzten Maßnahmen: Die Mittagessen in Ganztagschulen und Kindergärten werden mittlerweile zur Hälfte aus Biolebensmitteln gekocht, sagt Josef Taucher, Klubchef der Wiener SPÖ. Hinterher hinken Pensionistenwohnhäuser (34 Prozent) sowie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (je 30 Prozent). „Auch dort ist 50 Prozent unser Ziel.“ Bis 2025 soll die Bioquote bei den 100.000 Mahlzeiten, die die Stadt derzeit ausgibt, sogar auf 70 Prozent erhöht werden.

Markthebel

„Wir geben Milliarden bei der öffentlichen Beschaffung aus“, die sich nach ökologischen Kriterien richtet, sagt Taucher. Damit habe man einen „unheimlich großen Hebel“ und könne sogar den Markt beeinflussen. „Wir können vorgeben, was für Produkte wir haben wollen“, meint der Klubchef. Und zu welchem Preis: Derzeit koste das Essen pro Kind bzw. Pensionisten vier Euro pro Tag. Kritik an der Lebensmittelbeschaffung der Stadt

kommt von den Wiener Grünen: So werde bei Ausschreibungen des Kuratoriums der Wiener Pensionistenhäuser oft kein relevanter Bioanteil ausgewiesen. Außerdem sollen Anbieter oft sowohl Bio- als auch Nicht-Bio-Lebensmittel liefern. Anbieter, die gar keine konventionelle Ware anbieten, würden sich demnach nicht bewerben können, kritisiert die grüne Umweltsprecherin Huem Otero García.

Nicht bei allen Produkten sei es möglich, stets bio einzukaufen, sagt Taucher. „Den Biokarpen zu kriegen, ist nicht immer leicht“, sagt Taucher. Dann aber zumindest einen aus dem Waldviertel, also „regional und mit der Wertschöpfung in Österreich“.

Dennoch wolle man den Umstieg auf Bio forcieren. Für Anfang 2022 ist der Beschluss einer Bio-Umstiegsförderung geplant, mit der Wiener Bauern in den schwierigen ersten Jahren unterstützt werden. In Wien ist schon jetzt fast ein Drittel der 630 landwirtschaftlichen Betriebe bio-zertifiziert, durchschnittlich sind es in Österreich 22,8 Prozent. Nur Salzburg hat mit 50 Prozent noch mehr Bio-betriebe.

FPÖ-Politiker veruntreute Steuergeld

Kriminalität. Mehrere 100.000 Euro an öffentlichen Fördermitteln soll der frühere Finanzreferent der Grazer FPÖ zweckentfremdet haben.

Wien. Nach den Enthüllungen um mögliche Extragagen an den Parteichef und den Klubobmann der Grazer FPÖ schlitern die Freiheitlichen in Graz wieder in Probleme. Wie die „Kleine Zeitung“ am Montag zuerst online berichtete und die Landes-FPÖ kurz darauf bestätigte, soll der Ex-Klubdirektor und Finanzreferent der Stadtpartei „mehrere 100.000 Euro aus öffentlichen Fördermitteln für persönliche Zwecke verwendet“ haben.

Dieser habe vorige Woche Selbstanzeige erstattet und sei aus der Partei ausgetreten, hieß es. Landesparteiobmann Mario Kunasek erklärte in einer Aussendung: „Die Führung der FPÖ Steiermark ist heute vom ehemaligen Finanzreferenten der FPÖ Graz über eine Selbstanzeige, die bei der Staatsanwaltschaft Graz eingebracht wurde, informiert worden. Gemäß dem Schreiben hat ein ehemaliger Mitarbeiter des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs über mehrere Jahre hindurch öffentliche Fördermittel für seine persönlichen Zwecke entfremdet. Dadurch sei ein

Schaden von mehreren Hunderttausend Euro entstanden.“ Kunasek schrieb weiters, dass der Mann ein umfassendes Geständnis abgelegt habe. Die Summe sei von dem Ex-FPÖ-Mann auf ein Konto der Staatsanwaltschaft Graz überwiesen worden, um den entstandenen Schaden zu tilgen. Das Geld soll von dem Beschuldigten über einen Zeitraum von rund zehn Jahren abgezweigt worden sein.

Zweiter Vorfall in zwei Wochen

Kunasek teilte weiters mit, dass der frühere Finanzreferent der Stadtpartei seinen Austritt aus der FPÖ schriftlich bekannt gegeben habe. „Neben den Rechnungsprüfern der FPÖ wird ab sofort auch eine renommierte Wirtschaftsprüfungskanzlei die Gebarung der FPÖ Graz prüfen. Oberstes Ziel ist es, die Vorwürfe restlos aufzuklären und den tatsächlich entstandenen Schaden zu ermitteln. Schließlich handelt es sich um öffentliche Mittel“, sagte Kunasek. Der Freiheitliche Landesparteiobmann musste damit bereits zum zweiten Mal bin-

nen zwei Wochen öffentlich Stellung nehmen, um ein Fehlverhalten in der blauen Grazer Stadtgruppe zu erklären. Ende Oktober hatte sich die Grazer FPÖ-Spitze mit Noch-Vizebürgermeister Mario Eustacchio und Klubobmann Armin Sippel nach mehreren Enthüllungen rund um Extragagen zurückgezogen. Sie verzichteten auf ihre Mandate in der kommenden Legislaturperiode.

„Eines steht fest: Aufgrund eines individuellen Fehlverhaltens eines Einzelnen wurde die FPÖ Graz geschädigt. Die FPÖ Steiermark wird sich einem etwaigen Verfahren als Privatbeteiligte anschließen und mit den ermittelnden Behörden kooperieren. Zudem wurde im Landesparteipräsidium ein Beschluss gefasst, dass künftig auch auf Ebene der FPÖ Graz Richtlinien über die Finanzgebarung zu beschließen und Kontrollmechanismen einzurichten sind, um Missbrauchsfälle dieser Art zu verhindern“, erklärte Kunasek. (red.)